

## N i e d e r s c h r i f t

über die 5. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 20.05.2010  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 21:00 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Tim Brühland  
Herr Karl-Heinz Göbel entschuldigt  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann entschuldigt  
Herr Markus Gronauer  
Frau Gabriele Hackel entschuldigt  
Herr Robert Helpenstell  
Herr Karl König  
Herr Bruno Kosmala  
Herr Reinhard Ockel nur öT (bis 21:00 Uhr)  
Herr Harald Schlee  
Herr Peter Werner

### **Mitglieder der Fraktion PETO**

Herr Florian Große-Allermann  
Frau Stefanie Isensee  
Herr Karsten Köchling  
Frau Jana Lang  
Frau Janne Oberdieck  
Frau Svenja Oberdieck  
Frau Lisa Riedel  
Herr Max Riedel  
Herr Lucas Risse  
Herr Jens Timmermann  
Herr Sven Timmermann  
Frau Sabine Weber

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Herr Alaattin Bayrak ab TOP 11 (ab 19:00 Uhr)

Herr Jens Geyer  
Herr Werner Goller  
Herr Thomas Heinen  
Frau Wally Hengsberger  
Herr Helmut Nieswand  
Frau Ursula Schlößer  
Herr Alexander Schumacher

### **Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell  
Frau Andrea Stamm  
Herr Dr. Norbert Stapper

### **Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut  
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz  
Frau Dr. Doris Schröder-Weber entschuldigt

### **MfM**

Frau Lilo Friedrich

### **Linke**

Herr Benjamin Daniel Kenzler

### **von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Frau Annette Berg  
Herr Martin Frömmer  
Frau Gisela Herforth entschuldigt  
Herr Max Herrmann  
Herr Kurt Hundenborn  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Georg Mittmann  
Herr Gerhard Mühler  
Herr Georg Thomanek  
Herr Uwe Trost  
Frau Marion Warden  
Herr Thomas Waters

### **Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 21.08.2009  
- öffentlicher Teil
- 2.1. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2009  
- öffentlicher Teil
- 2.2. Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 23.03.2010  
- öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0270
5. Bestellung des Geschäftsführers der Interessengemeinschaft Urdenbacher Kämpe - Haus Bürgel e.V. VIII/0261
6. Änderung der Entgeltordnung der Volkshochschule VIII/0235
7. Änderung der Satzung und der Wahlordnung des Jugendparlamentes VIII/0240
8. Änderung der Geschäftsordnung des Beirates der Wirtschaftsförderung der Stadt Monheim am Rhein (Wirtschaftsförderungsbeirat) vom 13.03.2002 VIII/0257
9. Änderung der Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises der Stadt Monheim am Rhein VIII/0229
10. I. Rechenschaftsbericht 2009 zum Klimaschutz  
II. Klimaschutzmaßnahmen 2010 VIII/0131
11. 112M "Alte Brauerei" Aufhebung des Satzungsbeschlusses, Erneute frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit VIII/0153
12. Ausbauschritte U3 und Kindergartenbedarfsplanung VIII/0289  
- Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule  
- Weiterführung der Baumaßnahme  
- Kostensteigerung
13. Antrag der CDU-Fraktion zukünftig bei Ausschreibungen und VIII/0219

Beschaffungen nur Produkte und Dienstleistungen zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden

14. Antrag der PETO-Fraktion zum Erhalt des kommunalen Kinos VIII/0223
15. Schriftliche Mitteilung zur Anfrage der CDU-Fraktion
16. Mündliche Mitteilungen
- 16.1. Verlegung der Ratssitzung vom 05. Oktober auf den 06. Oktober 2010
- 16.2. Ausfall der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport im Juni 2010
- 16.3. Rathausrallye am 30.05.2010
- 16.4. Entsorgung von Bodenaushub von dem Grundstück der Fachhochschule im Rheinpark
17. Mündliche Anfragen
- 17.1. Anfrage des Sprechers der CDU-Fraktion zu dem beschlossenen Ausstieg aus der Beschäftigungsgesellschaft des Kreises Mettmann mbH
- 17.2. Anfrage eines Sprechers der SPD-Fraktion in Bezug auf die Parkplatzsituation im Bereich der Tempelhofer Straße und der Weddinger Straße im Zusammenhang mit dem Um-/Ausbau der Brandenburger Allee
- 17.3. Anfrage der Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen zum Sachstand der Angelegenheit "Einsatz von Scouts in Schulbussen"
- 17.4. Anfrage der Sprecherin der SPD-Fraktion zur Verkehrssituation auf der Opladener Straße
- 17.5. Anfrage der Sprecherin der SPD-Fraktion zur Mikrofonanlage im Ratssaal
- 17.6. Anfrage eines Sprechers der CDU-Fraktion zur Fußgängerquerung auf der Thomasstraße in Höhe der Raiffeisenbank
- 17.7. Anfrage eines Sprechers der CDU-Fraktion zur Bereitstellung von Beuteln zur Beseitigung von Hundekot
- 17.8. Anfrage eines Sprechers der PETO-Fraktion bzgl. der

Fundquellen eines Filmes über MoMo im Internet

- 17.9. Nachfrage einer Sprecherin der PETO-Fraktion bzgl. der Mitteilung der Verwaltung zur Entsorgung von Bodenaushub (siehe TOP 16.4)
- 17.10. Anfrage eines Sprechers der CDU-Fraktion bzgl. der Müllsituation auf einem Grundstück zwischen Weberstraße und Opladener Straße

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 5. Sitzung des Rates und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder der CDU-Fraktion Frau Gabriele Hackel, Herr Karl-Heinz Göbel und Herr Heinz-Jürgen Goldmann und von der FDP-Fraktion Frau Dr. Schröder-Weber entschuldigt fehlen. Das Ratsmitglied der SPD-Fraktion Herr Alaattin Bayrak werde aus beruflichen Gründen verspätet an der Sitzung teilnehmen.

Die Tagesordnung wird um die Tischvorlage VIII/0289 "Ausbauschritte U3 und Kindergartenbedarfsplanung" als TOP 12 und um TOP 15 "schriftliche Mitteilung zur Anfrage der CDU-Fraktion" erweitert. Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich jeweils entsprechend.

Ein Sprecher der FDP-Fraktion weist auf die geplante Beratung zu Vorlage VIII/0131 hin. Nach der Diskussion über die Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr sollte die Verwaltung konkrete Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen, über die ein Beschluss gefasst werden könne. Um Kenntnisse, die seine Fraktion inzwischen hierzu erarbeitet habe, vorzustellen, sei s. E. eine Zurückverweisung in den ASUBV oder, da es sich um Vertragsangelegenheiten handele, eine Verlegung in den nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung erforderlich.

Der Bürgermeister schlägt vor, über den TOP wie geplant zu beraten. Ggf. könne der Rat immer noch entscheiden, ob der Beschluss in der vorgelegten Form gefasst werde oder eine Beratung an anderer Stelle erfolgen solle.

Der Sprecher der FDP-Fraktion ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

**2            Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 21.08.2009 - öffentlicher Teil**

Die Sprecherin der FDP-Fraktion bittet um die Einstellung zeitnaher Ausschussprotokolle in das Ratsinformationssystem, um sich über vorberatene Entscheidungen informieren zu können, da ihre Fraktion nicht in allen Ausschüssen vertreten sei.

Der Bürgermeister weist auf die in der geänderten Dienstanweisung vorgesehene Zielvorgabe von drei Wochen hin. Eine schnellere Erstellung der Niederschriften sei leider nicht möglich. Ergänzend weist er daraufhin, dass Mitglieder aller Fraktionen an allen Sitzungen teilnehmen und sich auf diese Weise informieren könnten.

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**2.1        Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 10.09.2009 - öffentlicher Teil**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**2.2        Kenntnisnahme der Niederschrift der Sitzung vom 23.03.2010 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**3            Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner**

Keine Wortmeldungen

**4            Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen  
Vorlage: VIII/0270**

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**5            Bestellung des Geschäftsführers der Interessengemeinschaft Urdenbacher Kämpe - Haus Bürgel e.V.  
Vorlage: VIII/0261**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion bedankt sich für den geleisteten Einsatz des ausscheidenden Geschäftsführers Herrn Michael Hohmeier.

Der Bürgermeister stellt die Zustimmung aller Ratsmitglieder zu dieser Aussage fest.

**Beschluss**

Herr Georg Mittmann wird gemäß § 10 Abs. 2 der Satzung der Interessengemeinschaft Urdenbacher Kämpfe – Haus Bürgel e.V. (IG) mit Wirkung zum 01.06.2010 zum Geschäftsführer der IG bestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**6      Änderung der Entgeltordnung der Volkshochschule  
Vorlage: VIII/0235**

**Beschluss**

Die Entgeltordnung der Volkshochschule Monheim am Rhein wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die Entgeltordnung ist Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

31 Ja - Stimmen (12 PETO, 9 CDU, 6 SPD, 2 FDP, 1 MfM, 1 BM)  
5 Nein-Stimmen (3 B90/Die Grünen, 1 SPD, 1 Linke)

**7      Änderung der Satzung und der Wahlordnung des Jugendparlamentes  
Vorlage: VIII/0240**

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach, wohin die letzte Abschlussfahrt des Jugendparlamentes gegangen sei und welchen politischen Inhalt diese gehabt habe.

Der Bürgermeister erklärt, dass die konkrete Beantwortung schriftlich erfolgen werde. Ergänzend weist er jedoch auf die Unterschiede zwischen dem Jugendparlament und dem Integrationsausschuss bzw. dem Seniorinnen- und Seniorenbeirat hin. Bei dem JuPa handele es sich um ein Partizipationsmodell für junge Menschen zwischen 14 und 17 Jahren, das besondere Erfordernisse benötige und mit sich bringe.

Es entwickelt sich eine hitzige Diskussion darüber, ob für die Mitglieder des Jugendparlamentes weiterhin eine Abschlussfahrt stattfinden solle, wenn sie jetzt wie alle anderen sachkundigen Bürger entsprechend der Hauptsatzung für ihre

Tätigkeit ein Sitzungsgeld erhalten würden. Es sei sinnvoll, die Jugendlichen zu motivieren und für politische Arbeit zu interessieren, aber dennoch sei insbesondere im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt zu prüfen, ob diese freiwillige zusätzliche Ausgabe zulässig sei. Es sei eine Gleichbehandlung in allen Belangen erforderlich.

Ein Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und beantragt den Schluss der Aussprache.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erklärt als Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag, dass er von der Verwaltung eine schriftliche Stellungnahme insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung erwarte und dass die Debatte fortgeführt werden müsse, um vor Beschlussfassung über die Änderung der Satzung des Jugendparlamentes in Erfahrung zu bringen, welches politische Ziel mit den eingesetzten finanziellen Mitteln erreicht werde.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion spricht für den Geschäftsordnungsantrag und erklärt, dass die Debatte über die Abschlussfahrten des Jugendparlamentes nicht zu diesem TOP gehöre und ggf. nach näherer Kenntnis über das Programm in einem anderen Gremium fortgeführt werden könne.

#### **Abstimmung über den Antrag auf Schluss der Aussprache:**

##### **mehrheitlich zugestimmt**

25 Ja-Stimmen (12 PETO, 7 SPD, 3 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 MfM, 1 BM)

9 Nein-Stimmen (CDU)

2 Enthaltungen (FDP)

#### **Beschluss**

1. Die Satzung des Jugendparlamentes der Stadt Monheim am Rhein vom 08.11.2001 wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Die Wahlordnung für die Wahl zum Jugendparlament der Stadt Monheim am Rhein wird in der als Anlage 3 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 3 ist Bestandteil des Beschlusses.

#### **Abstimmungsergebnis:**

##### **mehrheitlich zugestimmt**

25 Ja-Stimmen (12 PETO, 7 SPD, 3 B90/Die Grünen, 1 Linke, 1 MfM, 1 BM)

11 Enthaltungen (9 CDU, 2 FDP)

Auf eine zuvor gemachte Äußerung des Bürgermeisters entgegnet ein Sprecher der CDU-Fraktion, dass seine Fraktion keine städtischen Mittel (Geschäftsführungskosten) für die Klausurtagungen zur Haushaltsplanberatung



eingesetzt habe und bittet dieses zur Kenntnis zu nehmen.

Der Bürgermeister erwidert, dass dieses rechtlich zulässig und nicht ehrenrührig sei.

**8            Änderung der Geschäftsordnung des Beirates der Wirtschaftsförderung  
              der Stadt Monheim am Rhein (Wirtschaftsförderungsbeirat) vom 13.03.2002  
              Vorlage: VIII/0257**

**Beschluss**

Die Geschäftsordnung des Beirats der Wirtschaftsförderung der Stadt Monheim am Rhein (Wirtschaftsförderungsbeirat) vom 13.03.2002 zuletzt geändert am 18.12.2007 wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 Satz 1:

Das Wort „Mitglied“ wird durch „Fraktionsmitglied“ ersetzt.

*(Jede im Rat der Stadt Monheim am Rhein vertretene Fraktion entsendet ein Mitglied **Fraktionsmitglied** in den Wirtschaftsförderungsbeirat.)*

§ 1 Abs. 1 Satz 4:

Wird gestrichen

*(Die Amtszeit der vom Rat bestellten Mitglieder endet grundsätzlich mit Ablauf der Wahlperiode des Rates.)*

§ 2 Abs. 3 Satz 3:

Neu hinzufügen

*Die Einladungen erfolgen zu Händen der Fraktionsvorsitzenden.*

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**9            Änderung der Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises der Stadt  
              Monheim am Rhein  
              Vorlage: VIII/0229**

**Beschluss**

Die Änderung der Richtlinien zur Verleihung des Integrationspreises der Stadt Monheim am Rhein vom 11.09.2008 wird beschlossen.

Die neugefassten Richtlinien in der Fassung vom 20.05.2010 sind Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**10**

**I. Rechenschaftsbericht 2009 zum Klimaschutz**

**II. Klimaschutzmaßnahmen 2010**

**Vorlage: VIII/0131**

Der Sprecher der FDP-Fraktion erklärt, dass s. E. aufgrund eigener Recherchen Kapital erheblich günstiger zu erhalten sei, als auf die in der Vorlage vorgestellte Art und Weise.

Aufgrund dieser Ausführungen entsteht eine ausführliche Diskussion über die geplante Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen in Form von Contracting-Verträgen mit der städtischen Tochtergesellschaft MEGA.

Der Kämmerer erläutert umfassend die geplante Vorgehensweise und weist auf die Unterschiede bei der Finanzierung zwischen Stadt und städtischer Tochter hin.

Bei allen Maßnahmen müsse außerdem immer der Gesamtkonzern "Stadt" im Blick behalten werden. Hier handele die Verwaltung strikt entsprechend einer Weisung des Rates. In den angesprochenen Fällen sei die Kapitalisierung von der Stadt zur städtischen Tochter verschoben worden. Auch wenn die städtische Tochter hierbei einen Gewinn, ausdrücklich nicht zu Lasten des Gaskunden, erziele, müsse berücksichtigt werden, dass hiermit die Haushalte der städtischen Verkehrsbetriebe und des Allwetterbades ausgeglichen würden.

Erklärend führt der Kämmerer aus, dass neue Verträge selbstverständlich auch immer zu neuen Konditionen abgeschlossen würden.

Bezüglich der aus dem Gremium geäußerten Bedenken hinsichtlich fehlenden Wettbewerbs erklärt der Kämmerer, dass sehr wohl die Leistungen ausgeschrieben würden, allerdings immer die MEGA Vertragspartner des günstigsten Bieters sei.

Zum Abschluss der Diskussion weist der Bürgermeister daraufhin, dass mit dem heutigen Beschluss der Verwaltung die Ermächtigung erteilt werde, die Klimaschutzmaßnahmen entsprechend des Maßnahmenkataloges umzusetzen. Ob dies im Wege von Contractingverträgen geschehe, würde mit dem heutigen Beschluss nicht festgelegt. Sollte der Rat das Thema " Contracting" anders geregelt wissen wollen, dann müsse hierüber erneut beraten werden.

Die im Fachausschuss avisierte ergänzende schriftliche Stellungnahme bzw. Beantwortung der dort aufgeworfenen Fragen werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgelegt.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion beantragt im Zusammenhang mit der Maßnahme zur Ausbildung eines Klimaschutzbeauftragten, eine Stellenbeschreibung für die zukünftige Stelle zu erstellen und im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr vorzulegen.

Der Beschlussvorschlag wird um diese Ergänzung erweitert.

### **Beschluss**

- I. Der Rechenschaftsbericht 2009 zum Klimaschutz wird zur Kenntnis genommen.
- II. Die Verwaltung wird ermächtigt, die weiteren Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen des Budgets umzusetzen, u. a.:
  - a) Erstellung von weiteren Energieausweisen für Nicht-Wohngebäude
  - b) Bestandsaufnahme für die Erstellung eines Maßnahmenplanes für städtische Verwaltungsgebäude
  - c) Konkrete, kleinere Wärmedämmmaßnahmen
  - d) Erstellung einer Stellenbeschreibung für die Stelle eines Klimaschutzbeauftragten

**Abstimmungsergebnis:  
einstimmig zugestimmt**

Das Ratsmitglied der SPD-Fraktion Herr Bayrak nimmt ab 19:00 Uhr an der Sitzung teil.

### **11 112M "Alte Brauerei" Aufhebung des Satzungsbeschlusses, Erneute frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Vorlage: VIII/0153**

Ein Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen äußert seine Kritik zu den vorgelegten Planungskonzepten des Investors und erklärt, dass seine Fraktion diese Vorlage ablehnen werde.

Sprecherinnen und Sprecher der anderen Fraktionen erklären, dass es heute darum gehe, den alten Satzungsbeschluss aufzuheben und die frühzeitige Bürgerbeteiligung zu beschließen, damit der planerische Stillstand in diesem Bereich beseitigt werde. Dadurch dass der ehemalige Investor das Grundstück veräußert habe, sei die damalige Planung hinfällig. Man sähe die durch den neuen Investor vorgelegten Planungsvarianten ebenfalls kritisch. Allerdings lege man sich mit dem heutigen Beschluss inhaltlich noch nicht auf eine Planungsvariante fest und aus diesem Grunde würden ihre Fraktionen der Vorlage zustimmen.

### **Beschluss**

1. Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 112M vom 16.12.2008 wird aufgehoben.

2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird auf Basis der vorgelegten Konzepte erneut durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

**mehrheitlich zugestimmt**

33 Ja- Stimmen (12 PETO, 9 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 1 MfM, 1 BM)

4 Nein-Stimmen (3 B90/Die Grünen, 1 Linke)

12

**Ausbauschritte U3 und Kindergartenbedarfsplanung**

- **Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule**

- **Weiterführung der Baumaßnahme**

- **Kostensteigerung**

**Vorlage: VIII/0289**

Die Verwaltung erläutert eingehend die Vorlage. Auf Nachfragen verschiedener Ratsmitglieder teilt sie mit, welche konkreten Maßnahmen aus dem Investitionsprogramm für die Deckung der Mehrausgaben zunächst zurückgestellt werden sollen. Bei den "Spielplätzen" handelt es sich um investive Maßnahmen (Neubau, Erwerb von Spielgeräten), beim "Ausbau Gewerbegebiet 35/36 M" um den Ausbau des Gehweges im Zusammenhang mit dem Bau eines privaten Parkplatzes, bei der "Deichverstärkung" um eine Verringerung der Planungskosten für eine Ausschreibung und beim "Grunderwerb" handelt es sich um Mittel, die für unvorhergesehenen Grunderwerb im Laufe des Jahres benötigt werden.

Der Bürgermeister erteilt Herrn Dr. Killian das Wort, der die bisherige Kostenentwicklung der Maßnahme erläutert und die Hintergründe für die Kostensteigerung darstellt. Die Marktsituation sei nach Einführung des Konjunkturpaketes II (KOP II) nicht annähernd vergleichbar mit den Vorjahren. Insbesondere bei den Gewerken Fensterbau/Glas sei eine Kostensteigerung zu beobachten, da bundesweit gerade in diesem Bereich unzählige Maßnahmen durchgeführt würden und sowohl die Lieferanten als auch die ausführenden Firmen ihre Kapazitäten ausgeschöpft hätten. Aus diesem Grund werde auch bei einer öffentlichen Ausschreibung, auf die auch aus zeitlichen Gründen verzichtet werden müsse, um den Baufortgang nicht zu hemmen, nicht mit einem günstigeren Ergebnis gerechnet.

Im weiteren Verlauf der Diskussion erklärt die Verwaltung auf Nachfrage, dass die vorgegebene Frist 31.12.2011 zur Abrechnung der bereitgestellten Mittel aus dem KOP II eingehalten werden können.

**Beschluss**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Neubau der Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule mit einem

Gesamtprojektbudget von 1,34 Mio. EUR zu realisieren. Das Budget wird entsprechend um 0,14 Mio. €aufgestockt.

2. Zur Deckung der Mehrauszahlungen werden aus dem Entwurf des Teilfinanzplanes B 2010 bzw. der vom Landrat genehmigten Investitions-/Dringlichkeitsliste die Auszahlungen für die Maßnahmen
  - a) 51.02.018 Spielplätze 60.000 €
  - b) 60.04.010 Ausbau Gewerbegebiet 35/36 M 25.000 €
  - c) 60.05.020 Deichverstärkung 25.000 €
  - d) 71.03.010 Grunderwerb 30.000 €gesperrt und deren Durchführung späteren Planungen überlassen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen aktuellen Statusbericht zum Projekt in der nächsten Ratssitzung am 08.07.2010 im Rahmen einer Informationsvorlage vorzulegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

Anschließend bedankt sich der Bürgermeister bei Herrn Dr. Killian für seine Ausführungen und verabschiedet ihn.

### **13 Antrag der CDU-Fraktion zukünftig bei Ausschreibungen und Beschaffungen nur Produkte und Dienstleistungen zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden Vorlage: VIII/0219**

Der Bürgermeister erklärt, dass eine Überprüfung die rechtliche Zulässigkeit ergeben habe, sich von Bewerbern bzw. Bietern entsprechende Erklärungen vorlegen zu lassen. Über die konkrete Umsetzung und ggf. Anpassung der städtischen Vergabeordnung solle jedoch im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden. In die erforderliche Änderung der städtischen Vergabeordnung könnten dann auch Regelungen eines Erlasses des Landes zum Vergaberecht eingearbeitet werden, der sich ebenfalls mit diesem Thema befasse.

Den Hinweisen und Schilderungen von Ratsfrau Lilo Friedrich (Menschen für Monheim), dass bei allem guten Willen nicht außer Acht gelassen werden dürfe, dass in Dritte-Welt-Ländern oftmals die Kinder die einzigen seien, die mit ihrer Arbeit den Lebensunterhalt ganzer Familien sicherstellten und darauf sehr stolz seien, treten Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen vehement entgegen. Erwachsene hätten deshalb keine Arbeit, weil Schulbildung und damit Ausbildung fehle. Ziel aller müsse sein, diesen Kreislauf zu unterbrechen.

Die Sprecherin von MfM macht deutlich, dass sie den Antrag ebenfalls unterstütze, jedoch aufgrund eigener Erfahrungen auch auf die Kehrseite der

Medaille habe hinweisen wollen.

Aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion, der von allen Ratsmitgliedern begrüßt und unterstützt wird, entwickelt sich eine Debatte über das Für und Wider der Berücksichtigung von Regelungen in Vergabeverfahren, deren Einhaltung oftmals auf kommunaler Ebene nicht überprüft werden könne.

Von der Verwaltung erfolgt der Hinweis, dass durch das Verlangen weiterer Erklärungen, dem ohnehin sehr formalistischen Vergabeverfahren weitere Fehlerquellen hinzugefügt würden. Denn fehlende Unterlagen zögen den Ausschluss aus dem weiteren Verfahren nach sich. Als Konsequenz zeige sich bereits heute in den Bietverfahren eine Tendenz zur Kostensteigerung.

Seitens des Rates wird angeregt, die Verwaltung solle recherchieren, wie die Einhaltung solcher Bestimmungen bei kommunalen Vergabeverfahren erreicht werden könne, ohne die zuvor aufgezeigten Nachteile zu erzeugen.

Die Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen weist auf Regelungen eines Runderlasses des Landes NRW hin, die sich auf die Berücksichtigung von Aspekten des Umweltschutzes und der Energieeffizienz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge beziehen. Sie beantragt, den Antrag der CDU-Fraktion um diesen Punkt zu erweitern und diese Regelungen zukünftig ebenfalls bei städtischen Vergabeverfahren zu berücksichtigen.

Im weiteren Verlauf bittet die Sprecherin der FDP-Fraktion darum, dass die aufgrund der Anträge der CDU-Fraktion und der Fraktion von B90/Die Grünen unterschiedlichen Änderungen separat ausgearbeitet werden sollen, weil beiden Regelungen gänzlich andere Aspekte zugrunde lägen.

Der Bürgermeister bezweifelt, ob die in diesem Zusammenhang aufgeworfene Bitte seitens der FDP-Fraktion und von Herrn Benjamin Kenzler (Die Linke) hinsichtlich der Ermittlung der Mehrkosten, die durch die Anwendung der diskutierten Neuregelungen auf die Stadt zukämen, erfüllt werden könne. Es werde jedoch geprüft, ob entsprechende Angaben hinsichtlich der Auswirkungen auf die Kosten ermittelt werden könnten.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorschläge aus den Anträgen der CDU-Fraktion und der Fraktion B90/Die Grünen in die Vergabeordnung einzuarbeiten und dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

## **Vorlage: VIII/0223**

Nachdem die Sprecherin der PETO-Fraktion den Antrag nochmals eingehend erläutert hat, entsteht aufgrund des Vorschlages eines Sprechers der SPD-Fraktion eine länger andauernde Diskussion.

Die SPD-Fraktion empfiehlt, zunächst die Verwaltung zu beauftragen, sowohl ein inhaltliches als auch ein finanzielles und perspektivisches Konzept zu erarbeiten. Erst dann könne über die Weiterführung des kommunalen Kinos abgestimmt werden.

Sprecher anderer Fraktionen (CDU, B90/Die Grünen und FDP) erklären, dass es aus ihrer Sicht keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten gebe, als die durch die PETO in ihrem Antrag aufgezeigt wurden. Die sofortige Weiterführung des Kinos unter der Federführung der Marke Monheim e.V., einhergehend mit der Finanzierung durch die Sparkassenstiftung, und - zumindest für das Jahr 2010 - von Sponsorengeldern sei unbedingt erstrebenswert. Sie erklären, dass sie den Antrag unterstützen werden, weil sich kurzfristig - auch im Hinblick auf das nicht genehmigte Haushaltssicherungskonzept - keine andere Alternative als die im Rahmen einer Trägerschaft anböte.

Abschließend weist ein Sprecher der PETO-Fraktion daraufhin, dass, entgegen der Aussage im Antrag, die Filmvorführungen doch in der Aula des OHG stattfinden sollen, weil sich zwztl. ein Sponsor bereit erklärt habe, in 2010 das kommunale Kino zu fördern.

Ergänzend teilt der Bürgermeister mit, dass er den Namen heute nicht nennen wolle, weil die verbindliche schriftliche Zusage noch nicht vorliege.

Aufgrund von Äußerungen während der Debatte ergänzt der Bürgermeister, dass durch das Kuratorium der Sparkassenstiftung und den Vorstand der Marke Monheim e.V. die Finanzierung des Kinoprojektes in den kommenden Jahren regelmäßig überprüft würde. Ob das Kino in der vorgeschlagenen Art fortgeführt werden könne, sei außerdem abhängig von den positiven Beschlüssen der vorgenannten Gremien. Aus diesem Grunde könne der Beschluss, so wie im Antrag vorformuliert, heute in dieser Form gefasst werden.

Die Abstimmung erfolgt zunächst über den weiterführenden Antrag der PETO-Fraktion.

### **Beschluss:**

Der Rat beauftragt die Verwaltung, das kommunale Kino in Zusammenarbeit mit der Marke Monheim e.V. fortzuführen. Für 2010 versucht die Verwaltung, die Finanzierung mittels Sponsoren zu ermöglichen. Ab 2011 sollen sich Stadtverwaltung und Marke Monheim e.V. um eine Bezuschussung aus der Sparkassenstiftung bemühen, um das Kino dauerhaft anbieten zu können.

### **Abstimmungsergebnis:**

#### **mehrheitlich zugestimmt**

29 Ja-Stimmen (12 PETO, 9 CDU, 3 B90/Die Grünen, 2 FDP, 1 MfM, 1 Linke,

1 BM)  
8 Enthaltungen (SPD)

Der Antrag der SPD-Fraktion wird nicht zur Abstimmung gestellt, da er sich durch die Annahme des vorigen Antrags erledigt hat.

## **15 Schriftliche Mitteilung zur Anfrage der CDU-Fraktion**

Der Bürgermeister weist auf die ausführliche schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zu der Anfrage der CDU-Fraktion hinsichtlich der Trägerschaft von KiTas in städtischer bzw. freier Trägerschaft hin. Die Stellungnahme wurde am 17.05.2010 den Ratsmitgliedern in die Fächer verteilt.

Die anfragende CDU-Fraktion erklärt, dass sie die Angelegenheit im zuständigen Jugendhilfeausschuss thematisieren wolle.

Der Rat nimmt die schriftlichen Ausführungen zur Kenntnis.

## **16 Mündliche Mitteilungen**

### **16.1 Verlegung der Ratssitzung vom 5. Oktober auf den 6. Oktober 2010**

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Ratssitzung vom 5. Oktober auf den 6. Oktober 2010 verschoben werden solle, weil sich die Stadt Monheim am Stand der Wirtschaftsförderung des Kreises Mettmann auf der EXPO REAL in München präsentieren wolle.

Der evtl. Fortsetzungstermin sei für den 28. Oktober 2010 vorgesehen.

Die Terminverschiebung sei interfraktionell bereits besprochen worden.

### **16.2 Ausfall der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport im Juni 2010**

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 16. Juni, die aufgrund eines Ausschussbeschlusses auf den 8. Juni 2010 vorverlegt worden war, könne wegen fehlender Tagesordnungspunkte ausfallen.

Auch dieses sei bereits im interfraktionellen Gespräch besprochen worden.

### **16.3 Rathausrallye am 30.05.2010**

Der Bürgermeister weist auf die Einladung zur Rathausrallye hin, die den Ratsmitgliedern auf die Plätze verteilt wurde.



Am 30. Mai in der Zeit von 11:00 Uhr bis 15:00 Uhr solle diese Veranstaltung im Rahmen des Stadtfestes anstelle des Bürgermarktes stattfinden. Alle Ratsmitglieder seien herzlich ins Rathaus eingeladen.

Ergänzend erläutert der Bürgermeister noch unter Hinweis auf den Benefizgedanken im Zusammenhang mit der geplanten Spende für den Streetballplatz den Sinn und Zweck der Rallye.

#### **16.4 Entsorgung von Bodenaushub von dem Grundstück der Fachhochschule im Rheinpark**

Der Kämmerer weist auf das Grundstück der SEG im Rheinpark hin, auf dem seit einigen Tagen Bodenanschlümpfungen vorgenommen wurden. Diese seien erforderlich geworden, da im Zusammenhang mit der Errichtung der Außenanlagen der Fachhochschule bei Probeentnahmen belastetes Material aufgefunden wurde, was bei den damaligen Rammkernuntersuchungen nicht festgestellt worden sei.

Der belastete Bodenaushub würde nun vorsortiert und entsorgt.

Kostenträger für diese Maßnahme sei der Voreigentümer, da er sich vertraglich zur Haftung verpflichtet habe.

#### **17 Mündliche Anfragen**

##### **17.1 Anfrage des Sprechers der CDU-Fraktion zu dem beschlossenen Ausstieg aus der Beschäftigungsgesellschaft des Kreises Mettmann mbH**

Der Sprecher der CDU-Fraktion fragt nach dem Fortgang des beschlossenen Ausstiegs aus der Beschäftigungsgesellschaft des Kreises Mettmann mbH und den evtl. daraus resultierenden Kosten.

Die Verwaltung führt zu den Hintergründen aus und erklärt, dass man davon ausgehe in den nächsten Tagen eine Urkunde zu erhalten, mit dem Inhalt, dass die Stadt Monheim am Rhein ab dem 31.12.2009 die Gesellschaftsanteile mit schuldbeitreitender Wirkung zurückgegeben habe.

Außerdem sei derzeit nicht mehr von einer defizitären Abwicklung der Gesellschaft auszugehen.

##### **17.2 Anfrage eines Sprechers der SPD-Fraktion in Bezug auf die Parkplatzsituation im Bereich der Tempelhofer Straße und der Weddinger Straße im Zusammenhang mit dem Um-/Ausbau der Brandenburger Allee**

Ein Sprecher der SPD-Fraktion fragt nach, wie viele zusätzliche Stellplätze durch den Um- bzw. Ausbau der Brandenburger Allee entstanden seien. Er weist ganz

besonders auf die Parkplatznot auf der Tempelhofer Straße vor dem Haus Nummer 23 hin.

Außerdem fragt er nach, welche Maßnahmen ergriffen worden seien, um zu erreichen, dass die Mitarbeiter von VHS und "Ensemble" - wie zugesagt -, auf dem Parkdeck von Kaufland bzw. auf dem neuen Parkplatz an der Umspannstation parken würden.

Darüber hinaus weist der Sprecher auf die schlechte Parkplatzsituation am Ende der Weddinger Straße hin. Regelmäßig würde der Durchgang zum Ernst-Reuter-Platz zugeparkt. Er bittet auch hier um Überprüfung der Situation.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

### **17.3      Anfrage der Sprecherin der Fraktion B90/Die Grünen zum Sachstand der Angelegenheit "Einsatz von Scouts in Schulbussen"**

Die Sprecherin von B90/Die Grünen fragt nach dem Sachstand in der Angelegenheit "Einsatz von Scouts in Schulbussen als unfallvorbeugende Maßnahme". Das Ergebnis eines Informationsbesuches bei einer anderen Kommune sollte dem Ausschuss vorgestellt werden.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

### **17.4      Anfrage der Sprecherin der SPD-Fraktion zur Verkehrssituation auf der Opladener Straße**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion weist auf die zu bestimmten Tageszeiten mehr als unbefriedigende Verkehrssituation auf der Opladener Straße hin, die sich nach der Erneuerung der Lichtsignalanlagen eher verschlechtert als verbessert habe. Sie fragt an, wann mit der beabsichtigten Besserung zu rechnen sei.

Die Verwaltung erläutert ausführlich die Situation. In Verkehrsspitzenzeiten sei ein extremer Fahrzeugzulauf von der Autobahn und aus Langenfeld zu beobachten, so dass die technische, maximale mögliche Leistungsfähigkeit der Lichtsignalanlage an der Einmündung "Am Kieswerk" (sog. Pfortnerampel) überschritten werde. Gleichzeitig sei aber auch zu beobachten, dass durch "Fehl"-Verhalten der Verkehrsteilnehmer Leistungspotential der Lichtsignalanlage verschenkt würde. Die vorhandenen Ampelprogramme arbeiteten derzeit in Volllastsituationen mit einer Umlaufzeit von 90 Sekunden. Diese Umlaufzeit könnte mit der Erstellung neuer Programme auf max. 110 Sekunden erweitert werden. Die Installation des neuen Programms werde in den kommenden Wochen vorgenommen werden. Höhere Umlaufzeiten seien nicht zulässig.

Auf die Nachfrage eines Sprechers der CDU-Fraktion erklärt die Verwaltung, dass die Fußgängerbedarfsampel Opladener Straße/Schleiderweg in die grüne Welle mit eingebettet sei.

**17.5      Anfrage der Sprecherin der SPD-Fraktion zur Mikrofonanlage im Ratssaal**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion weist auf die Unzulänglichkeiten der Mikrofon- und Lautsprecheranlage im Ratssaal hin und fragt an, ob die Möglichkeit bestehe, die Anlage zu optimieren.

Sie weist ergänzend auf sachkundige Bürger hin, die Hörprobleme hätten und deshalb dem Verlauf von Sitzungen oftmals nicht umfassend folgen könnten. Beschwerden aus der Zuhörerschaft seien ihr auch bekannt.

Der Bürgermeister beantwortet die Frage dahingehend, dass immer versucht werde, für eine optimale Einstellung der Anlage zu sorgen. Eine Nachjustierung werde beauftragt.

**17.6      Anfrage eines Sprechers der CDU-Fraktion zur Fußgängerquerung auf der Thomasstraße in Höhe der Raiffeisenbank**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion fragt an, ob die Möglichkeit bestehe, die Fußgängerquerung auf der Thomasstraße in Höhe der Raiffeisenbank und "Moden Schmitz" optisch als Zebrastrifen oder alternativ farblich deutlich zu gestalten.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**17.7      Anfrage eines Sprechers der CDU-Fraktion zur Bereitstellung von Beuteln zur Beseitigung von Hundekot**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion verweist auf den Grünzug Geschwister-Scholl-Straße/Humboldtschule, in dem in der Vergangenheit Behälter mit Beuteln zur Entsorgung von Hundekot aufgestellt wurden. Er fragt an, warum diese Maßnahme eingestellt wurde, ob das Equipment noch vorhanden sei und ob die Möglichkeit bestünde, diesen Versuch nochmals zu starten. Großes Interesse hierfür bestünde seitens der Bürgerschaft besonders für den Bereich des Parkplatzes gegenüber der Einmündung "Kielsgraben".

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**17.8      Anfrage eines Sprechers der PETO-Fraktion bzgl. der Fundquellen eines Filmes über MoMo im Internet**

Ein Sprecher der PETO-Fraktion weist auf einen im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport vorgestellten Film über MoMo hin und bittet um Bekanntgabe der Fundstelle im Internet, damit alle Ratsmitglieder sich diesen sehr guten Film

ansehen können.

Die Verwaltung teilt mit, dass der Film auf den Homepages der städtischen Musikschule, des Verbandes deutscher Musikschulen und der Neuen Musikzeitung zu sehen sei.

**17.9 Nachfrage einer Sprecherin der PETO-Fraktion bzgl. der Mitteilung der Verwaltung zur Entsorgung von Bodenaushub (siehe TOP 16.4)**

Die Nachfrage einer Sprecherin der PETO-Fraktion im Zusammenhang mit der Mitteilung über die Altlastenbeseitigung beantwortet die Verwaltung dahingehend, dass der Voreigentümer des Grundstückes das Land NRW, vertreten durch die NRW.Urban, vormals LEG, sei und der Schaden bereits dem Grunde nach anerkannt worden sei. Zweifel an der Solvenz bestünden nicht.

**17.10 Anfrage eines Sprechers der CDU-Fraktion bzgl. der Müllsituation auf einem Grundstück zwischen Weberstraße und Opladener Straße**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion fragt an, ob eine städtische Regelung bestehe, wonach Müllcontainer und -tonnen eingehaust werden müssen, um Geruchsbelästigungen zu vermeiden. Er weist in diesem konkreten Fall auf das Gebäude zwischen der Weberstraße/Opladener Straße hin. Auf dem Gelände stünden seit Jahren acht Rollcontainer und mehrere Mülltonnen ungeordnet und im Freien herum. Die anliegenden Nachbarn seien besonders in den Sommermonaten durch die Geruchsbelästigung und die Unordnung sehr beeinträchtigt.

Die Verwaltung erklärt, dass sie die Angelegenheit überprüfen und dann berichten werde.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung, bedankt sich bei den Zuhörern und wünscht allen einen guten Heimweg.

Anschließend wird die Sitzung von 21:00 Uhr bis 21:15 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Ratsherr Ockel von der CDU-Fraktion nimmt ab 21:00 Uhr nicht mehr an der Sitzung teil.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin